

Ein Leben mit Chancen und Hürden

Der Stellenwert der Araber in Israel

DIE STADT DER WUNDER

Saudi-Arabiens Wirtschaftsprojekt Neom

EIN TERRORIST ALS LIEBLING DER WELT

Wie Arafat vom Friedensnobelpreis profitierte





10

JÜDISCHE „DISPLACED PERSONS“

Neubeginn im Nachkriegsdeutschland



12

EU-AUSSENBEAUFTRAGTER BORRELL

In Brüssel nichts Neues



14

MEGAPROJEKT NEOM

Wie die Saudis eine neue Zivilisation erschaffen wollen

Der Mythos von friedlicher Koexistenz

Georges Bensoussan räumt auf: Der französische Historiker und Autor widerlegt in seinem neuen Buch „Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage“ alteingesessene Mythen. Weit verbreitete Annahmen wie etwa diese stellt er in Frage: Der Antisemitismus in arabischen und muslimischen Ländern ist ein Resultat des Nahost-Konflikts. Oder Aussagen wie: Das jüdisch-muslimische Zusammenleben in der arabischen Welt war von Toleranz geprägt, da Juden als Schutzbefohlene unter den Muslimen lebten.

Bensoussan erläutert, dass weder allein der Zionismus noch die Gründung des jüdischen Staates für den Zerfall der angeblich vor allem harmonischen Beziehungen zwischen Juden und Muslimen verantwortlich waren. Anschaulich entlarvt er dann auch oben genannte oder ähnliche Thesen als Halb- oder Unwahrheiten. Dafür zitiert er reichlich aus Berichten europäischer Reisender, von Kolonialverwaltern, Ärzten, Diplomaten, Geistlichen, der Polizei und diverser Behörden. So verweist er beispielsweise auf einen Beitrag des Franziskanermönchs Francesco Suriano aus dem 16. Jahrhundert. Dieser schrieb über den Alltag der Juden im damaligen Palästina: „Diese Hunde, die Juden, werden zertrampelt, geschlagen und gepeinigt, wie sie es verdienen. Sie leben in diesem Land in einem Zustand der Unterwerfung, der sich mit Worten nicht beschreiben lässt.“

Der von Teilen der arabischen Welt und Teilen der Linken noch immer gerne unkritisch gelobte Status des Schutzbefohlenen im Islam bedeutete für den Betroffenen oftmals nur eine Toleranz

der Verachtung. Er schützte die Juden und Christen zwar vor Gewalt, war aber zugleich ein Status der Erniedrigung, schreibt Bensoussan. Der Autor geht auch darauf ein, wie sich die Juden des Orients emanzipierten. Als wichtigsten Faktor dafür nennt er die Bildung. Diese habe zur „Erschütterung der arabisch-muslimischen Bevormundung“ geführt.

Weiter beschreibt Bensoussan, wie es schließlich dazu kam, dass Hunderttausende von Juden sowohl vor als auch nach der Staatsgründung Israels die arabischen Staaten und den Iran verlassen haben.

Fazit: Bensoussans neues Buch ist fundiert, aufklärend und spannend – ein Augenöffner. Es sollte Pflichtlektüre für alle sein, die sich mit muslimischem Antisemitismus sowie den palästinensischen und jüdischen Flüchtlinge beschäftigen. |

Dana Nowak



Georges Bensoussan: „Die Juden der arabischen Welt. Die verbotene Frage“, Hentrich & Hentrich, 191 Seiten, 19,90 Euro, ISBN: 978-3-95565-327-9

Liebe Leserin, lieber Leser,

„Israel ist ein Apartheid-Staat!“, „Araber haben in Israel nicht die gleichen Rechte wie Juden!“ Haben Sie diese oder ähnliche Aussagen auch schon gehört? Oder fragen Sie sich vielleicht selbst, ob die arabische Bevölkerung im weltweit einzigen jüdischen Staat benachteiligt wird?

Mir begegnen solche Aussagen immer wieder. Zuletzt vermehrt auf dem diesjährigen Kirchentag in Dortmund. Am Informationsstand von Israelnetz hatte ich viele Gespräche mit Menschen, die fest davon überzeugt waren, dass es in Israel Apartheid gibt. Ein Mann behauptete gar, die Araber im Land dürften nicht wählen. Israelnetz ist es ein Anliegen, mit solchen Vorurteilen aufzuräumen und Menschen zum Nachdenken zu bringen. Unsere Mitarbeiterin in Jerusalem, Mirjam Holmer, hat sich mit dem Thema beschäftigt und mit arabischen Israelis gesprochen. Zu welchem Ergebnis sie kommt, lesen Sie ab Seite 6.

Wenn im Nahen Osten von einem Paradies für Start-ups und modernste medizinische Forschung die Rede ist, vom Traum von selbstfahrenden Autos und Strom aus erneuerbaren Energien, dann kommt vielen Menschen als erstes Israel in den Sinn – und nicht etwa Saudi-Arabien. Doch in dem Wüstenstaat wird derzeit an einem Megaprojekt mit gigantischen Ausmaßen gearbeitet: Neom. Unter deutscher Leitung soll hier eine Art Stadtstaat entstehen. „Das Land der Zukunft, in dem die besten Köpfe und Talente die Möglichkeit haben, wegweisende Ideen zu verwirklichen“, heißt es auf der Internetseite von Neom. Mehr über das Projekt, in dem Roboter eine große Rolle spielen und Frauen nahezu gleichberechtigt sein sollen, lesen Sie ab Seite 14.

„Hine ma tov u ma na'im, schevet achim gam jachad.“ – „Siehe, wie gut und wohltuend ist es, wenn Brüder einträchtig beieinander sitzen.“ Vielleicht ist Ihnen dieses von Psalm 133 inspirierte hebräische Lied bekannt und Sie haben schon die passende Melodie im Kopf. Mir kam es in den Sinn, als ich mit Israelis in der bayerischen Kleinstadt Eichstätt zusammensaß. Die Frauen und Männer sind Nachfahren so genannter „Displaced Persons“. Mit Kindern und Enkelkindern sind sie in ihre deutsche Geburtsstadt gekommen, um ihre Wurzeln zu entdecken. In der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt saßen Brüder und Schwestern zusammen, die eine gemeinsame Geschichte verbindet. Die meisten von ihnen haben sich erst durch dieses Projekt kennengelernt. Ich hatte mich der Gruppe angeschlossen, wir tauschten uns aus, aßen gemeinsam. Einer der Israelis, Jossi, zeigte mir einen Brief. Darin hat er seine Geschichte aufgeschrieben. „Die ganze Familie meiner Mutter wurde während des Holocaust getötet“, las ich dort. Mich berührt es immer wieder, wenn Juden trotz dieser schrecklichen Erfahrungen nach Deutschland kommen. Wenn wir beieinander sitzen, zusammen weinen und lachen. Das ist gelebte Versöhnung. Mehr von dieser Begegnung mit den sogenannten Eichstätt-Babys lesen Sie ab Seite 10.

Wie gut ist es, wenn Brüder und Schwestern einträchtig beieinander sitzen – gleich, ob dies Verwandte, Freunde oder Geschwister im Glauben sind. Ich wünsche Ihnen, dass Sie gerade jetzt in der Advents- und Weihnachtszeit viele gesegnete Begegnungen mit Brüdern und Schwestern haben. Begegnungen, die Freude bereiten, die daran erinnern, wie wertvoll gute Beziehungen sind und die vielleicht auch Versöhnung ermöglichen.

An dieser Stelle bedanke ich mich für Ihre Treue zu Israelnetz. Ich wünsche Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein gesegnetes und gesundes Neues Jahr!

Herzlich grüßt Sie,

Dana Nowak



4 25 JAHRE NACH VERGABE DES FRIEDENSNOBELPREISES

Der Mythos Arafat lebt

6 ARABER IN ISRAEL

Von Schein und Wirklichkeit

8 GEDANKEN EINES HOLOCAUST-ÜBERLEBENDEN

Über die Identität des Judentums

13 BIBELBLICK

Am Feigenbaum lernt ein Gleichnis

IMPRESSUM

Herausgeber

Christliche Medieninitiative pro e.V.

Charlotte-Bamberg-Straße 2

D-35578 Wetzlar

Telefon +49 (64 41) 5 66 77 00

Telefax +49 (64 41) 5 66 77 33

israelnetz.com

info@israelnetz.com

Vorsitzender Michael Voß

Geschäftsführer Christoph Irion

Büro Wetzlar Dana Nowak

(Redaktionsleitung), Martina Blatt,

Daniel Frick, Elisabeth Hausen

(Leitende Redakteurin online),

Timo König, Egmond Prill

Büro Jerusalem mh

Spenden

Israelnetz Magazin lebt von Ihrer Spende.

Volksbank Mittelhessen eG

IBAN DE73 5139 0000 0040 9832 01

BIC VBMHDE5F

Verwendungszweck: Israelnetz

www.israelnetz.com/spenden

Titelfoto

Israelische Araberinnen in Jerusalem

Quelle: Israelnetz/mh

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:

19. November 2019

Der Mythos Arafat lebt

Mit seiner Uniform und seinem Kopftuch ist er auch lange nach seinem Tod die Ikone der Palästinenser: Jasser Arafat ist einer der bekanntesten Politiker, nicht zuletzt wegen des Friedensnobelpreises vor 25 Jahren. Dass er auch terroristisch aktiv war und sich bereicherte, wird gerne unter den Tisch gekehrt.

Ulrich W. Sahn

Am 14. Oktober vor 25 Jahren gab das Komitee in Oslo bekannt, dass der Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO), Jasser Arafat, zusammen mit dem israelischen Premierminister Jitzchak Rabin und dessen engstem Vertrauten, Schimon Peres, den Friedensnobelpreis erhält. Gewürdigt wurde damit das „Osloer Abkommen“.

Ein Jahr zuvor, am 13. September 1993, ging ein Bild durch die Presse, das weltweit gefeiert wurde: Der israelische Premier im zivilen Anzug, der Palästinenserführer in Uniform, dahinter US-Präsident Bill Clinton mit ausgebreiteten Armen. Die Welt befand sich in einem Rausch. Viele wollten glauben, dass nun einer der „ältesten“ und unlösbarsten Konflikte der Welt mit einem „Friedensabkommen“ beendet sei. Dass Arafat die Uniform nie auszog, sollte sich allerdings als symptomatisch erweisen. In den Folgejahren bin ich ihm immer wieder begegnet und konnte erleben, wie das System Arafat funktionierte.

Bei genauem Hinschauen handelte es sich bei den Osloer Verträgen nicht um einen „Friedensvertrag“ – denn Frieden wird zwischen kriegführenden Staaten geschlossen. In diesem Fall handelte es sich um eine gegenseitige Anerkennung zwischen der PLO und dem Staat Israel. Dabei stand ein Gewaltverzicht im Vordergrund.

Gleichzeitig wurde Arafat die Rückkehr nach Gaza mitsamt seinen bewaffneten Kämpfern aus dem tunesischen Exil zugesichert, ebenso wie die Errichtung einer palästinensischen „Selbstverwaltung“ – später „Autonomie“ genannt. Das Vertragswerk stellt einen Zwischenschritt dar und gilt daher als „Interimsvertrag“. Um eine Unterschrift der Vertragspartner zu erreichen, wurden die schwierigsten Fragen ausgespart, darunter der Status Jerusalems, die palästinensischen Flüchtlinge und die künftigen Grenzen.

Die Palästinenser träumen noch immer von einem eigenen Staat. Doch ein Staat wird in den bisherigen Abkommen nicht einmal erwähnt. Und die Israelis müssen bis heute den Terror bekämpfen, als gäbe es keine Verträge.

ten“ Brust hatte sich Arafat zur Feier des Tages nur drei Symbole an seine Uniform gepinnt, darunter eine Plakette mit der Abbildung des Felsendoms in Jerusalem.

Nach der feierlichen Unterzeichnung des Vertrags in Washington im Beisein von



Der israelische Premier Rabin (l.) und Palästinenserführer Arafat (r.) reichen sich am 13. September 1993 vor dem Weißen Haus die Hände zum Frieden

Welt in Euphorie

Der mutmaßlich 1929 in Kairo geborene Arafat hieß mit vollem Namen Mohammed Jasser Abdel Rahman Abdel Ra'uf Arafat al-Qudwa al-Husseini. Der Mann war zur Freude der Fotografen ein wandelndes Propaganda-Symbol: Auch bei der Preisverleihung in Oslo trug er wie üblich seine armeegrüne Uniformjacke und das zu einer symbolischen Palästinakarte gefaltete „Palästinensertuch“. Doch anstelle seiner sonst oft, unter anderem mit Pfadfinderabzeichen „ordensgeschmück-

US-Präsident Clinton herrschte Euphorie. Ich befand mich damals beim American Colony Hotel in Ostjerusalem, einem Treffpunkt von Israelis und Palästinensern, Spionen, Diplomaten und anderen. Junge Palästinenser kamen und steckten Blumen in die Gewehrrohre der dort wachhabenden israelischen Grenzsoldaten. Eine neue Welt war entstanden. Die Palästinenser freuten sich auf die baldige Rückkehr ihrer Ikone Arafat, und die Israelis waren sich gewiss, von nun an Ruhe zu haben. Sie sollten sich gründlich irren.

Die Show hatte eine Vorgeschichte: Arafat hatte sich gründlich verzockt. Er hatte sich 1990 mit Saddam Hussein solidarisiert und den irakischen Einmarsch in Kuwait bejubelt. Das hatte schwerwiegende Folgen: Zum einen stoppten die reichen arabischen Ölstaaten ihre finanzielle Unterstützung der PLO. Zum anderen zwang Kuwait etwa 450.000 Palästinenser dazu, das Land binnen weniger Tage zu verlassen. Arafat brauchte also dringend neue Erfolge und neue Geldgeber.

Eingeschleuste Terroristen

Das Autonomieabkommen ermöglichte ihm nach 27 Jahren Exil die Heimreise. Am 1. Juli 1994, einem Freitag, kehrte Arafat nach „Palästina“ zurück. Er reiste in einer ihm von Mercedes geschenkten gepanzerten Limousine aus Ägypten an. In Gaza fiel den dort präsenten israelischen Sicherheitsleuten auf, dass der nur 1,60 Meter große Arafat in dem Auto wie ein „Hüne“ wirkte. Sie entdeckten, dass auf dem Rücksitz zwei oder drei „Terroristen“ lagen, denen Israel die Einreise verweigert hatte. Arafat hatte sie ins Land geschmuggelt, indem er sich einfach auf sie setzte.

Das war schon bei seiner Ankunft der erste „Vertragsbruch“, dem noch viele weitere folgen sollten. Die Israelis wollten jedoch keine Spielverderber sein, und ließen diesen Zwischenfall durchgehen. Was mit jenen Männern passiert ist, wurde nicht berichtet.

Arafat etablierte sein Hauptquartier am Strand von Gaza in einem üppigen neuen Gebäude. Dort habe ich ihn zum ersten Mal getroffen, als eine deutsche Delegation die Stadt besuchte. Strategisch suchte ich mir einen Platz nur einen Meter von Arafat entfernt. Kellner des American Colony Hotels in Jerusalem tischten auf. Sie brachten ein leckeres Hühnerschnitzel als Hauptspeise. Hungrig machte ich mich an das Schnitzel. Kaum hatte ich ein Stück aufgegabelt, verspürte ich einen Schmerz in der Schulter. Arafat hatte eine Banane gegriffen und hielt sie wie eine Pistole. Damit prügelte er auf meine Schulter ein. Erschrocken schaute ich auf: „Mr. President?“ Der eingefleischte Vegetarier Arafat sah mich an und sagte, ich sollte kein Fleisch essen.

Mehrfach besuchte ich Arafat später in der Mukata in Ramallah, seinem späteren Hauptquartier. Einmal fuhr ich mit ande-

ren Journalisten zu seinem Büro, nachdem die Israelis 2002 infolge eines palästinensischen Selbstmordanschlags auf das Parkhotel in Netanja einmarschiert waren und die Mukata umstellt hatten. Wir fuhren in gepanzerten deutschen Diplomatenwagen vor. Israelische Panzer richteten ihre Kanonenrohre auf unsere Limousinen. Ein deutscher Diplomat verhandelte mit den Israelis und schließlich wurden wir durchgelassen.

Im Innenhof der Mukata prüften israelische Soldaten unsere Taschen. Alles wurde beobachtet von Andreas Michaelis, damals deutscher „Botschafter“ bei den Palästinensern und heute Staatssekretär im Auswärtigen Amt. Endlich durften wir den mit Sandsäcken bewehrten Eingang zum Treppenhaus passieren, das zum Kabinetssaal Arafats hinaufführte. Seit Monaten waren die Stufen nicht mehr geputzt worden. Alles war unbeschreiblich dreckig. Ich sah einen Wächter, der im Schein einer Nachttischlampe seine Zeitung las. Im Kabinetssaal brannte nur eine Notleuchte. Am anderen Ende des Tisches lief versehentlich noch ein Fernseher, verbrauchte also Strom. Als wir ankamen, riefen Palästinenser erschreckt: „Television“. Augenblicklich wurde der Apparat ausgeschaltet.

Viel Show für die Presse

Arafat begrüßte jeden von uns einzeln mit einem warmen, weichen Handschlag und einem breiten Lächeln. Als wir alle am Tisch saßen, entschuldigte er sich für die Notbeleuchtung. Die Israelis hätten ihm den Strom abgeschaltet. Das war eine glatte Lüge, aber für Arafat war alles eine großartige Show. Dann erzählte er uns von „Dscheningrad“. Die Israelis hätten ein fürchterliches Massaker mit Tausenden Toten in Dschenin angerichtet. Auch das erwies sich als Propaganda, als später die offiziellen Zahlen veröffentlicht wurden. Nach einigen Minuten wurden die Journalisten rausgeschickt, damit sich die deutsche Delegation vertraulich mit Arafat unterhalten konnte. Wir Journalisten wurden über eine Brücke ins Nebenhause geführt. Dort brannten alle Neonleuchten und man brachte uns kühle Getränke aus funktionierenden Kühlschränken.

Am 11. November 2004 starb Jasser Arafat in Paris. Nach seinem Tod besuchten wir Journalisten noch einmal mit dem

österreichischen Nationalratspräsidenten Andreas Khol die Mukata. Die Palästinenser führten uns durch den bis dahin versperrten Korridor zu Arafats Privatgemächern. Neben einem großen Doppelbett und Mahagonischränken stand da noch ein Übungsfahrrad, mit dem sich Arafat fit hielt. Das Badezimmer war konzipiert wie in einem Luxus-Hotel. Heute ist alles ein Museum zu Arafats Gedenken. Aber als sein Schlafzimmer zeigen Medien gerne eine enge kleine Kammer mit einem Eisenbett. Das war einst vielleicht die Kammer eines seiner Leibwächter. So wird der Mythos eines genügsamen Arafats auch posthum mit „Fake News“ gefüttert.

Verschwundene Gelder

Übrigens war die Rechnung aufgegangen: Der Friedensnobelpreis war der Auftakt zu neuen Einnahmen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) legte 2003 in Dubai einen Bericht über „Ökonomische Leistungen und Reformen unter Konfliktbedingungen“ vor. Daraus ging hervor, dass zwischen 1995 und 2000 mehr als 900 Millionen Dollar für die Autonomiebehörde „verschwanden“ – vom palästinensischen Finanzministerium an unbekannte Ziele transferiert. Allein weisungsbefugt war Arafat. Ihm bescheinigte das amerikanische Magazin „Forbes“, er sei mit 900 Millionen Dollar Privatvermögen einer der reichsten Staatsmänner dieser Welt. Ein Bericht des Bundesnachrichtendienstes hat aufgezeigt, wie Arafat seine schwarzen Kassen füllte: Für Gehälter palästinensischer Lehrer, Ärzte und Polizisten zahlte die EU in Dollar, Arafat leitete das Geld in Schekel weiter – unter Abzug einer Provision von 25 Prozent.

„Arafat bombt, Europa zahlt“, titelte die Wochenzeitung „Die Zeit“ 2002. Besser ließ sich das Phänomen nicht zusammenfassen.

Der Mythos Arafat lebt weiter. Selbst Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat es sich im Mai 2017 nicht nehmen lassen, sich vor dem Grab des berühmtesten Kopftuchträgers der Welt zu verneigen. Eine Prüfung der Geldströme nach „Palästina“ wird bis heute vermieden. |

Eine ungekürzte Version dieses Artikels mit weiteren Bildern finden Sie unter www.israelnetz.com

Von Schein und Wirklichkeit

Darüber, wie der jüdische Staat mit seinen Minderheiten umgeht, herrscht in Europa viel Unkenntnis. Der Vorwurf „Apartheid-Staat“ macht dann die Runde. Die Wirklichkeit hält dem nicht Stand.

Mh

Mehr als neun Millionen Menschen leben in Israel. Von ihnen sind knapp 6,7 Millionen Juden, knapp zwei Millionen sind Araber. Fast eine halbe Million gehört keiner der beiden Gruppen an. Oft werden Vorwürfe laut, Israel diskriminiere Minderheiten, besonders die Araber. Daher betrachten manche Israel als Unrechtsregime. Drei Vorurteile sollen im Folgenden genauer betrachtet werden.

„Israel ist ein Apartheid-Staat“

Immer wieder wird im Zusammenhang mit Israel der Begriff „Apartheid“ verwendet. Er soll auf eine angebliche rassistische Segregation zwischen Juden und Nichtjuden hinweisen. Ein Beispiel ist die Aussage von Enes Bayrakli. Der Politikwissenschaftler bezeichnete Premierminister Benjamin Netanjahu Mitte Oktober auf Twitter als „Kopf eines Apartheid-Staates“. Bayrakli ist Mit Herausgeber des „Europäischen Islamophobie-Reports 2018“, der durch die Europäische Union finanziert wurde.

Der Begriff „Apartheid“ ist historisch untrennbar mit der organisierten Rassentrennung im Südafrika des 20. Jahrhunderts verbunden. Sie war durch die autoritäre, selbsterklärte Vorherrschaft der europäischstämmigen Bevölkerung über einheimische Gruppen gekennzeichnet.

Doch die Wirklichkeit in Israel ist eine andere: Arabische Bürger sind im Staat Israel den jüdischen gleichgestellt. Für sie gilt die uneingeschränkte Religionsfreiheit und das Wahlrecht. Sie können studieren, auch wenn sie in Universitäten und Hochschulen insgesamt immer noch unterrepräsentiert sind. Nach Angaben des Israelischen Rates für Hochschulbildung (CHE) hat sich die Zahl der Studenten aus dem arabischen Sektor jedoch von 2007 bis 2018 mehr als verdoppelt. Oder anders gesagt: Zwischen 2011 und 2018 ist sie um 80 Prozent gestiegen. Damals waren 26.000 Araber in höheren Bildungseinrichtungen eingeschrieben, 2018 waren es 47.000. Der Staat stellt entsprechende Stipendien bereit, sowohl für Sprachkurse, die vor dem Studium angeboten werden, als auch für die akademischen Programme selbst. Jaffa Silberschatz, Direktorin des CHE, sagte gegenüber der Onlinezeitung „University World News“: „Eine akademische Ausbildung ist der Schlüssel, um soziale Lücken zu schließen, und um eine gute Integration in den Arbeitsmarkt sowie die israelische Gesellschaft zu ermöglichen.“ Natürlich müsse noch mehr getan werden. Doch auch die Zahl der Araberinnen, die an höheren Bildungsstätten

in Israel studierten, sei signifikant gestiegen. Von den arabischen Studenten, die einen Bachelor-Abschluss anstrebten, seien 66 Prozent Frauen. Im jüdischen Bereich seien es nur 50 Prozent.

Immer wieder kommt Kritik auf zu den Aufstiegschancen von Arabern in der israelischen Gesellschaft: Einer, der sich offen dazu äußert, ist Dschamal Hakrusch. Der Muslim ist seit 2016 Polizeivizepräsident. Fehler, die einem jüdischen Kollegen verziehen würden, dürfe er sich nicht leisten, sagt er. Auch in Israel gilt: Minderheiten müssen sich mehr anstrengen als Menschen der Mehrheitsgesellschaft, um auf gleiche Posten zu kommen.

Trotzdem sind Araber im Parlament vertreten und können jeden hochrangigen Posten in Politik und Gesellschaft erreichen, den auch ein jüdischer Israeli erreichen kann. Ein bekanntes Beispiel ist der Druse Ajub Kara, der bis zum Sommer für zwei Jahre Kommunikationsminister war. Sowohl der ehemalige Staatspräsident Mosche Katzav als auch der ehemalige Premierminister Ehud Olmert wurden 2011 und 2015 von arabischen Richtern des Obersten Gerichtshof zu einer mehrjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Seit Sommer leitet der Araber Samer Hadsch-Jehida die traditionsreichste israelische Bank, die Bank Le'umi, die von Theodor Herzl gegründet wurde.

Der Menschenrechtsaktivist Bassam Eid, der sich als palästinensischer Bürger Israels bezeichnet, sagte auf einer Konferenz Anfang November: „Dein Zuhause ist nicht dort, wo du geboren bist, sondern da, wo du in Würde leben darfst. Ich selbst wohne in Jericho. Ich sehe jeden Tag Hunderte von Frauen, die in die Siedlung Ma'ale Adumim fahren, um dort bei jüdischen Familien sauber zu machen. Sie haben einen sehr hohen Verdienst, der ihnen ein würdevolles Leben ermöglicht.“ Er schimpft über die Boykottbewegung BDS, die den Staat Israel isolieren will. „Die Bewegung ist reine Heuchelei. Die wollen uns Palästinenser ausnutzen, uns aber nicht helfen. Sie sprechen nicht in meinem Namen.“ Eid ist überzeugt: „Die BDS-Akteure wollen vor allem nicht, dass Menschen nach Israel kommen. Denn dann würden sie erkennen, dass sich die Realität nicht mit ihren Falschaussagen deckt.“

Einer, der schon 19 Mal in Israel war, ist der Südafrikaner Kenneth Meshoe. Der Vorsitzende der „Afrikanischen Christlich-Demokratischen Partei“ sagte gegenüber der „Jüdischen Rundschau“: „Zu sagen, Israel sei Apartheid, ist eine Beleidigung. Wenn wir in Südafrika all die Rechte gehabt hätten, die die Araber in Israel haben, hätte es nicht einmal einen bewaffneten Kampf gegeben, Mandela hätte zugestimmt.“ Auch der Afrikanische Nationalkongress (ANC) hatte wiederholt den Vergleich von Israel als Apartheid-Staat bemüht. Die Jugendabteilung des ANC sprach sich hingegen nach einem Besuch in Israel dezidiert gegen diese Vergleiche aus. Außerdem stellte sie fest, dass der Vergleich ursprünglich nicht etwa durch Südafrikaner oder Palästinenser aufgekomen war, sondern aus der ehemaligen Sowjetunion stammt. Weil die arabischen Staaten gegen Israel gestanden hätten, habe auch die Generalversammlung der Vereinten Nationen 1975 Israel in einem Atemzug mit Südafrika erwähnt. Im ANC-Bericht heißt es über Israel: „Im Gegensatz zur Apartheid-Regierung in Südafrika gibt es vonseiten der Regierung keine Bestrebungen, eine bestimmte Gruppe abzusondern. In unseren Gesprächen mit Israelis spürten wir Arabern und Juden ihren brennenden Wunsch ab, in harmonischer Nachbarschaft zu leben. In Südafrika verschmähten die weißen die schwarzen Afrikaner.“ Wer den Begriff „Apartheid“ auf den israelisch-

palästinensischen Konflikt anwende, mache sich mitschuldig an dem Versuch, die schwarzen Bewohner ihrer Geschichte, Kultur, Würde und Menschlichkeit zu berauben.

„Die arabische Sprache wird benachteiligt“

Vor allem in Jerusalem ist immer wieder zu hören, wie sich jüdische Verkäufer mit arabischen Kunden auf Englisch unterhalten. Das ist für deutsche Ohren sicher gewöhnungsbedürftig; Schweizern dürfte das allerdings gar nicht erst auffallen, da diese sogar an vier Amtssprachen gewöhnt sind.

Im Nationalstaatsgesetz, das im Sommer 2018 verabschiedet wurde, ist als einzige Amtssprache Hebräisch festgelegt. Arabisch

hat seitdem einen „Sonderstatus“. Darüber empörten sich viele israelische und ausländische Medien. Israelische Araber selbst zeigten sich größtenteils unbeeindruckt. Einer sagte: „Wir leben in einem jüdischen Staat, warum kann da nicht auch Hebräisch Amtssprache sein? Mir ist wichtig, dass ich weiter meinen Glauben praktizieren darf.“ Nach wie vor sind Straßen in den drei Sprachen Hebräisch, Arabisch und Englisch ausgeschildert, gleiches ist der Fall bei Unterlagen in Behörden. Trotzdem gilt als besser integriert, wer die hebräische Sprache beherrscht.

„Araber sind gegen den Staat Israel“

Obwohl Araber in Israel vom Wehrdienst befreit sind, melden sich viele doch freiwillig. Ein christlicher Offizier, der in ausländischen Medien nicht zitiert werden möchte, sagt stolz: „Der jüdische Staat garantiert mir Meinungsfreiheit, ich kann sogar öffentlich die Regierung kritisieren.“ Aufpassen müsse er lediglich in der arabischen Gesellschaft. „Dort darf ich nicht offen über meine Erfahrungen sprechen.“ Obwohl die arabische Bevölkerung Israels weniger als 21 Prozent ausmacht, werden 60 Prozent der Morde in arabischen Ortschaften begangen. Allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres waren es 76 Fälle. Oft sind häusliche Gewalt und Familienfehden die Ursache. Traditionell werden solche Probleme vom Muhtar, dem Ortsvorsteher, gehandelt. Doch die traditionellen Strukturen greifen immer weniger, sodass die Polizei eingreifen muss. Die Regierung sieht sich mit dem Vorwurf der arabischen Gesellschaft konfrontiert, nicht genug zu tun, um der Gewalt Herr zu werden. Die soziale Kontrolle in den arabischen Gemeinschaften ist groß, sodass viele ihre positive Meinung gegenüber dem jüdischen Staat nur hinter vorgehaltener Hand kundtun.

Der Beduine Muhammad Kabija hat kein Problem, seine Ansichten öffentlich zu vertreten: „Ich bin Israeli und möchte mein Land verteidigen. Ich habe alle Rechte, die jeder Israeli hat. Israel schützt mich als Staatsbürger und Angehöriger einer Minderheit. Israel ist die einzige Demokratie im Nahen Osten und in meinen Augen viel demokratischer als viele andere demokratische Staaten. Die Armee verteidigt mich, meine Familie, meine Gemeinschaft und mein Land.“ Der Offizier der Luftwaffe ist überzeugt: „Raketen, die von der Hamas oder der Hisbollah in unser Land gefeuert werden, unterscheiden nicht zwischen Juden und Muslimen. Ich bin stolz darauf, Muslim zu sein. Wer in die arabische Welt schaut, stellt fest, dass sich Sunniten und Schiiten umbringen. Muslime töten sich gegenseitig. In Israel sind Muslime und die Angehörigen anderer Religionen viel sicherer als in der arabischen Welt.“ Kabija ist stolz auf seinen Einsatz für sein Heimatland: „In der Armee dienen wir Muslime zusammen mit Juden. Wir arbeiten zusammen und laufen auf den gleichen Straßen. Wir teilen unser Leben. In meiner Familie hat ein Großteil in der Armee gedient, viele waren Offiziere in Eliteeinheiten.“

Über die Rechte von Minderheiten in Israel gibt es viele weitere Vorurteile. Die Wirklichkeit erweist sich als vielschichtiger. Oder, wie es der christliche Offizier aus Galiläa ausgedrückt hat: „Sicher ist in Israel nicht alles perfekt, aber es ist längst nicht so, wie es vielfach im Ausland beschrieben wird. Israel ist mein Heimatland und garantiert mir Frieden und Sicherheit. Würde ich in unseren arabischen Nachbarstaaten leben, würde es mich und meine Religionsgemeinschaft wohl schon nicht mehr geben.“ |



Etwa 20 Prozent Araber leben in Israel und gehören in vielen vorwiegend von Juden bewohnten Gegenden zum Stadtbild

Über die Identität des Judentums

Der 2018 verstorbene Holocaust-Überlebende Israel Yaoz war als Reiseleiter oft mit Christen in Israel unterwegs. Das hat ihn zum Nachdenken über Gemeinsamkeiten und Unterschiede der jüdischen und christlichen Tradition gebracht. In diesem Aufsatz hat er seine Gedanken zur Identität des Judentums festgehalten.

Israel Yaoz (1928–2018)



Viele ultra-orthodoxe Juden sehen das heutige Israel nicht als den von Gott verheißenen Staat

Während der zweitausend Jahre des Umherirrens unter den Völkern, in der Fremde, trug das jüdische Volk sein Vaterland in Form von Bibel und Talmud in seinem Wanderbeutel mit sich. Es lebte im Glauben an die verheißene „herrliche Zukunft“: Wenn Gott seines Volkes gedenken und es in seine alte Heimat zurückführen werde – jene Heimat, die es in seinem Herzen, seinen Gedanken und Gebeten, seinen Hoffnungen und Träumen immer bei sich getragen hatte. Dieser Gedanke hielt das Volk gefesselt, hielt es wach, begeisterte es und zeigte ihm seinen Weg durch die vielen Jahrhunderte der Verbannung.

Dieser Aufsatz möchte dazu beitragen, das Selbstverständnis der Juden und ihre Beziehung zum Land Israel zu verstehen. Einerseits braucht das Volk der Juden einen Staat, in dem es eine absolute Mehrheit bildet, um dort ungestört seine Identität zum Ausdruck bringen zu können. Andererseits kann dieser Staat sich in keinem anderen Land der Welt befinden, weil das Land eben selbst einen Teil dieser Identität darstellt.

In diesen Jahrhunderten der Verbannung hatte Israel viele Sorgen und Probleme. Ein Problem gab es aber kaum: die Erhaltung seiner Identität. Die Heilige Schrift, die strengen Vorschriften des Talmuds, die uralten Traditionen, aber auch die Ghettomauern, gaben ihm die Möglichkeit, sein eigenes Leben als Volk zu führen, seinem Selbsterhaltungstrieb gerecht zu werden und nicht unter den Völkern aufzugehen.

Im 19. Jahrhundert kam jedoch die Emanzipation für die Juden Europas. Sie brachte ihnen die gesellschaftliche Gleichstellung und Anpassung an die christlich-abendländische Kultur. Zum ersten Mal in seiner Geschichte sah sich das jüdische Volk der Gefahr einer geistigen Zerstörung ausgesetzt. Ein Assimilationspro-

zess begann, wie er vorher kaum möglich gewesen war. Alte jüdische Werte wurden durch die der europäischen Kultur verdrängt.

Diese neue, geistige Not der Juden war dort am größten, wo die Assimilation am weitesten fortgeschritten war: in Westeuropa. Jedoch entwickelte das jüdische Volk eine Antwort auf diese neue Gefahr: den Zionismus. Es ist kein Zufall, dass der zionistische Gedanke im 19. Jahrhundert seine Anfänge nahm. Es war der praktische Versuch, den nie vergessenen Traum der Rückkehr in das gelobte Land in die Tat umzusetzen. Zuvor war die zionistische Idee nicht unbedingt notwendig gewesen, um das Judentum am Leben zu erhalten.

Rückgang des Glaubens

Zur Assimilation im 19. Jahrhundert trug auch der Rückgang des Glaubens in Westeuropa bei. Nicht mehr Bibel und Talmud galten als unbedingte letzte Wahrheit für Juden, nicht mehr das Alte und Neue Testament als unantastbare, heilige Offenbarung für Christen, sondern die Erkenntnisse der Wissenschaft; die Kritik und die Vernunft wurden zu unbestrittenen Maßstäben des Denkens. Und zu dem Zeitpunkt, als nicht mehr der Glaube die endgültigen Antworten gab, brach ein Damm, da stürzten auch die geistigen Ghettomauern. Auch daraus resultierte die oben erwähnte geistige Not der Juden, ihre Identität zu wahren. Damals, im 19. Jahrhundert, und dort, in Europa, musste der Zionismus geboren werden, um die zukünftige Existenz des Judentums zu garantieren: jedenfalls für jenen Teil des jüdischen Volkes, der den Glauben verloren hatte, aber seine Identität nicht preisgeben wollte.

So verstehen wir, warum die ersten Befürworter der zionistischen Idee gerade aus dem „ungläubigen“, nicht-gesetzestreu Teil des jüdischen Volkes kamen. Die „gläubigen“, orthodoxen Juden wollten zu Anfang nichts von dem zionistischen Experiment wissen, sie hatten ja ihre Verheißung in ihrem Wanderbeutel bei sich; im Gebet, im Gebot, im Glauben. „Gottes Zeit ist noch nicht gekommen“, hieß es.

Allmählich aber wurde der zionistische Traum Wirklichkeit. Die Furcht vor einer Desillusion schwand. Damit kam auch von religiöser Seite eine stufenweise Befürwortung des praktischen Zionismus. Wenn auch der heutige Staat Israel von vielen ultra-orthodoxen Juden nicht als der von Gott verheißene Staat angesehen wird, so gilt er doch bei einem großen Teil der Orthodoxen als der Vorbote dieses künftigen Heilsstaates.

Natürlich ist im heutigen Staat Israel das Ziel, das Judentum zu bewahren, vorläufig gesichert. Dabei tauchen aber viele Fragen auf, die die Identität des Staates betreffen. Viele Debatten in der Knesset zeugen davon: Wer ist Jude, wie soll das öffentliche Leben an jüdischen Feiertagen gestaltet werden, soll das Personenstandsrecht, also das Heirats- und Scheidungsrecht, weiterhin nur in den Händen der religiösen Autoritäten bleiben, soll die nationale Fluggesellschaft El Al nur koscheres Essen anbieten?

Für gesetzestreue zionistische Juden sind diese Fragen kein Problem. Ihr Glaube und die Verheißung ist ja verknüpft mit diesem Land. Er besagt: „Das Wohnen im Lande Israel wiegt gegen alle Gebote in der Tora auf“ (Kommentar aus Sifre Devarim 80 zu 5. Mose 12,29b). Der Lebensweg, den sie gehen, ist eine gelungene Synthese zwischen dem, was sie glauben, und dem, was sie tun. Doch die gläubigen, gesetzestreu Juden bilden nur etwa 30 Prozent der jüdischen Bevölkerung Israels.

Was ist nun mit den nicht-gesetzestreu, weltlichen Juden in Israel? Die Antwort auf diese Frage kann nur subjektiv sein. Das Judentum ist ein gemeinsames Kulturerbe, das viele Aspekte umfasst: eine gemeinsame Religion und Geschichte, einen gemeinsamen Leidensweg, eine gemeinsame Sprache, eine gemeinsame soziologische Struktur und Moral, gemeinsame Psychologie, Literatur, Poesie, Tradition, Küche, Tabus und andere Faktoren, die die „jüdische Welt“ prägen. Auch ohne den Faktor der „Gesetzestreu“ bleibt diese „jüdische Welt“ zum Großteil bestehen.

Von Hiob und Kant

Für die meisten Israelis, auch für die säkularen, bleibt daher ein kulturelles Erbe, das zu erhalten ihnen genug bedeutet, um dafür auf Vieles zu verzichten und sogar Opfer zu bringen.

Zu den wichtigsten Bestandteilen dieser Werte gehört das oben so oft erwähnte Land Israel; ebenso wie die Stadt Jerusalem und die Klagemauer. Zu diesen Werten gehört auch die Bibel. In ihr finden säkulare Juden ihren „Goethe“, ihren „Karl den Großen“, ihren „Kant“ und „Lessing“. Sie ist Teil ihrer Literatur, ihrer Geschichte, ihrer Poesie, Lyrik, Philosophie und Grammatik. Für gesetzestreu Juden ist die Bibel all dies, aber darüber hinaus – und vor allem – ist sie das ewige Zeugnis der göttlichen Offenbarung.

Ist ein Psalm, der Gott lobt, weniger Poesie, nur weil er von Gott handelt, und nicht von der Lorelei? Ist Hiob weniger Philosophie als Kant, nur weil er die Wahrheit in Relation zu Gott sucht, und nicht in Relation zur Vernunft? Deshalb können säkulare Israelis, ohne dies als Widerspruch zu empfinden, den Schabbat und



Israel Yaoz wurde 1928 in Gelsenkirchen geboren. Von 1944 bis 1945 war er im Konzentrationslager Bergen-Belsen inhaftiert. Er war der einzige Scho'ah-Überlebende seiner siebenköpfigen Familie. 1948 wanderte er nach Israel ein und wurde Reiseleiter. Er verstarb im Frühjahr 2018. Sein Aufsatz wurde redak-

tionell bearbeitet. Wir danken der Familie von Israel Yaoz an dieser Stelle ausdrücklich für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung. Zum Erscheinen des Aufsatzes haben Mirjam Holmer, Brigitta Rosema und Nicolas Dreyer beigetragen.

andere jüdische Feiertage feiern, wenn sie diese auch anders gestalten als die Orthodoxen. Sie können Psalmen vortragen, auch wenn sie Gott besingen und nicht das „blonde Gretchen“. Sie können auch am Freitagabend Kerzen anzünden, ohne dahinter einen von Gott geoffenbarten Willen zu suchen. Ja, sie können sogar einen koscheren Haushalt führen, wenn dies zu ihrem subjektiven Werteerlebnis beiträgt.

Es gibt allerdings eine Reihe von Israelis, vor allem in der jungen Generation, die dieses Werteempfinden nicht (mehr) haben, und sich deshalb stolz nur „Israelis“ nennen: „Wir sind keine Juden, wir sind Israelis!“ Sie distanzieren sich damit explizit von den Juden außerhalb Israels, bewusst oder unbewusst auch von den negativen Assoziationen, die mit dieser Bezeichnung für sie verbunden sind. Sie distanzieren sich damit aber auch von den jüdischen Werten. Wenn der Staat Israel nur solche Israelis hervorbrächte, dann hätte er keine Existenzberechtigung als Judenstaat. Der Staat Israel ist nicht nur ein Zufluchtsort für jüdische Flüchtlinge, sondern vor allem auch der Zufluchtsort für die oben erwähnte geistige Not um die Erhaltung des Judentums. Als Träger des jüdischen Kulturerbes hat Israel seine markanteste Existenzberechtigung.

Der begeisterte Zionist Abraham Kook war in den 1930ern der erste aschkenasische Oberrabbiner im damaligen britischen Mandatsgebiet Palästina. Als er einst gefragt wurde, wie er als gläubiger Jude theologisch damit umgehen könne, dass gerade die enthusiastischen Pioniere des neuen Judenstaates säkulare, ja zum Teil atheistische Juden seien, antwortete er in etwa: „Als König Salomo den Tempel in Jerusalem baute, waren die Handwerker einfache Arbeiter, Steinmetze und Zimmermänner. Sie erfüllten ihren Auftrag. Vielleicht waren sie sich nicht einmal dessen bewusst, dass sie ein Haus bauten, das der Sitz Gottes werden sollte und dass sie am Bau des Allerheiligsten beteiligt waren; sie dürften sich der heiligen Arbeit, die sie verrichteten, nicht bewusst gewesen sein. Sie waren aber Werkzeuge Gottes; so sehe ich diese Handwerker in den neuen Siedlungen: Ungewollt bauen sie mit an dem, was einst die Wohnstätte unseres Gottes sein soll.“

Eine berechtigte Frage wäre jetzt, wie sich solch eine Haltung vereinbaren lässt mit dem kosmopolitischen Geist unserer Epoche, mit den revolutionären Vorstellungen einer neuen Welt ohne Grenzen und Begrenzungen. Wo ist unser Platz als Weltbürger? Die Frage ist nicht neu; sie wurde schon seit Anfang des Zionismus von den Zionisten selber gestellt; doch sie zu beantworten würde den Rahmen dieses Themas sprengen. |

Neubeginn im Nachkriegsdeutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren Millionen Menschen aus ihrer Heimat herausgerissen und konnten nicht mehr zurück – sogenannte Displaced Persons. Unter ihnen waren Hunderttausende Juden, die die Gräueltaten der Scho'ah überlebt hatten. Ausgerechnet in Deutschland begann für viele von ihnen ein neues Leben.

Dana Nowak

Das bin ich. Und hier ist mein Zwillingsbruder“, ruft ein grauhaariger älterer Herr überrascht und zeigt auf eine Ausstellungstafel mit alten Schwarz-Weiß-Fotos. Dann umarmt er freudig und bewegt zwei Frauen. Alle haben Tränen in den Augen.

Es sind berührende Szenen, die sich am Abend des 22. September in der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt abspielen. Der Mann ist Jossi Singer aus Israel. Er ist eines von zehn sogenannten Eichstätt-Babys, die in diesen Tagen in der bayerischen Kleinstadt zu Besuch sind.

In den Reisepässen der Israelis ist als Geburtsort Eichstätt vermerkt. Jahrzehntlang wussten diese Menschen nicht, was es damit auf sich hat. Sie wurden zwar in Friedenszeiten geboren, doch ihre Eltern kommen aus einer Zeit des Krieges und haben die Gräueltaten des Holocaust überlebt. Nach dem Krieg waren sie sogenannte Displaced Persons – Menschen, die während des Zweiten Weltkrieges verschleppt oder deportiert wurden und sich nach der Befreiung durch die Alliierten außerhalb der Grenzen ihrer Heimatländer wiederfanden. Für die vorübergehende Unterbringung dieser Menschen, die oft am Ende ihrer Kräfte waren, keine Papiere hatten und nicht wussten, wohin sie sich wenden sollten, richteten die Alliierten Lager ein. Eines davon befand sich in Eichstätt.

Wie so viele Überlebende der Scho'ah haben auch die Eltern der Eichstätt-Babys nicht mit ihren Kindern über die Vergangenheit gesprochen. Und so kam es, dass die meisten der in dem Lager geborenen Kinder fast nichts über ihre Geburtsstadt und die Geschichte ihrer Eltern in Deutschland oder Europa wussten.

Einladung in die Geburtsstadt

Doch das sollte sich ändern: Die Historikerin Julia Devlin vom Zentrum Flucht und Migration an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt und der Lokalhistoriker und Psychologe Maximilian Ertle stellten Nachforschungen zu den Camps an. Sie suchten Sponsoren, um in Eichstätt geborene Juden einladen und ein Symposium veranstalten zu können. Ertle machte in Israel zehn Juden aus, die in dem Lager geboren wurden oder als Babys



Jossi Singer entdeckt in der Ausstellung in Eichstätt Bilder von sich aus Kindheitstagen

dort hinkamen, und nahm telefonisch Kontakt auf. Nachdem er sich aus Eichstätt vorgestellt und die Einladung ausgesprochen habe, seien dann „merklich am Telefon auch Tränen geflossen“, erzählt Ertle gegenüber Israelnetz. „Das war schon eine Überraschung, wenn jemand nach 70 Jahren gefragt wird, ob er in seine Geburtsstadt kommen möchte. Das war sehr emotional.“

Zusammen mit 16 Kindern und Enkelkindern machten sich die zehn Israelis schließlich auf den Weg, um ihre Wurzeln zu entdecken.

Auf dem dreitägigen Symposium erhielten sie und weitere interessierte Gäste Einblicke in das Lagerleben. Dazu verhalfen Vorträge von Experten und eine Ausstellung mit historischen Fotografien sowie Werken der US-amerikanischen Künstlerin Krista Svalbonas. Es war eine dieser Fotografien, auf der sich Jossi Singer entdeckte und die ihn zu Tränen rührte. Auf dieser Reise wurde er von seinen beiden Töchtern begleitet.

Jossi wurde 1947 in Eichstätt als Josef geboren. Die gesamte Familie seiner Mutter wurde von den Nazis ausgelöscht. Wie die Mutter überlebte, hat sie ihren Kindern nie erzählt. Jossis Vater war bereits einmal verheiratet. Doch auch seine erste Familie, Ehefrau und sieben Kinder, wurde während der Scho'ah ermordet. Der Vater war als Lederhändler unterwegs und nicht zu Hause, als die Verfolgung begann. Er gründete eine neue Familie und lebte mit ihr einige Jahre in Eichstätt, wo Josef zur Welt kam. 1949

wanderten die Singers nach Israel aus. „Für meine Eltern war es eine große Errungenschaft, ein neues Leben zu beginnen und eine neue Generation aufzubauen“, erzählt Jossi. Er brennt darauf, mehr über das Lager zu erfahren, in dem er geboren wurde.

Wie der Historiker Holger Köhn erklärte, wurden die Lager meist in Kasernen eingerichtet. Auch in Eichstätt war dies der Fall. Nachdem jedoch Kritik laut wurde, dass diese von der Bevölkerung abgeschotteten Camps an die Konzentrationslager der Nazis erinnerten, wurden über einen kurzen Zeitraum auch Privatwohnungen beschlagnahmt. Zunächst seien dies Häuser von Nazis gewesen oder Wohnraum, der vor dem Krieg in jüdischem Besitz war. Um jedoch ein geschlossenes Wohngebiet einrichten zu können, seien dann sehr schnell auch andere Häuser beschlagnahmt worden. So habe sich in der Bevölkerung Unmut gegen die Displaced Persons breit gemacht, erklärte Köhn weiter.

Die Ausquartierten hätten recht schnell ihre Häuser verlassen müssen. Eine strikte Trennung zwischen Lagerbewohnern und der lokalen Bevölkerung habe es nicht mehr gegeben, da nur noch schwer ersichtlich gewesen sei, wo ein Camp anfing und wo es endete. Die Lager seien kaum noch kontrollierbar gewesen. Der Schwarzmarkt habe geblüht.

Doch die Lager waren keineswegs ein rechtsfreier und unorganisierter Raum. Wie viele Lager hatte auch das in Eichstätt eine eigene Polizei, einen Kindergarten, ein eigenes Schulsystem und sogar eine Theatergruppe. Kultur spielte in den Lagern eine große Rolle, da für die Mehrheit der Bewohner regelmäßige Arbeit nicht vorhanden war. Die Menschen im Camp wurden in Vorbereitung auf ihre Auswanderung nach Israel ausgebildet. Es gab Automechaniker, Optiker, Goldschmiede, Näherinnen, Krankenschwestern und Fotografen.

In dem Camp in Eichstätt lebten von November 1946 bis Oktober 1949 zwischenzeitlich bis zu 1.400 heimatlose Juden. Sie stammten vor allem aus Polen. Viele von ihnen waren während des Zweiten Weltkriegs nach Sibirien verbannt worden. Nach Kriegsende drohte ihnen in ihrer Heimat Verfolgung und so flohen viele von ihnen ausgerechnet nach Deutschland.

„In Eichstätt begannen wir, wieder zu leben“

So erging es auch den Eltern von Schulamit Zakay. Schulamit wurde 1938 in einem Teil Polens geboren, der heute zur Ukraine gehört. Nach der russischen Invasion in Polen wurde ihr Vater inhaftiert. Sie und ihre Mutter wurden nach Sibirien verbannt. 1942 starb der Vater, als das Gefängnis von den Deutschen bombardiert wurde. Nach Kriegsende kam Schulamit mit ihrer Mutter zurück nach Polen. Erst dort begannen die beiden zu verstehen, was in den vergangenen Jahren wirklich passiert war. Viele Verwandte waren ermordet worden. In Polen konnten das Mädchen und seine Mutter nicht bleiben, hier drohten antisemitische Übergriffe. Die Wohnungen und Häuser der einst hier lebenden Juden hatten sich längst andere Menschen angeeignet.

Schulamit und ihre Mutter flohen nach Eichstätt und kamen schließlich in dem DP-Camp unter. An diese Zeit habe sie nur gute Erinnerungen, erzählt Schulamit, die als Achtjährige nach Bayern kam: „Nach der Zeit in Sibirien gab es erstmals gutes Essen, ich habe hier mein erstes Eis gegessen und meinen ersten Kinofilm gesehen. Das Beste war die Schule. Wir begannen hier, in Eichstätt, wieder zu leben.“



Die „Eichstätt-Babys“ haben sich mit Kindern und Enkelkindern auf den Weg gemacht, um ihre Wurzeln in Deutschland zu entdecken

Später wanderten die beiden in die Hafenstadt Jaffa nach Israel aus. Dort habe sie sich frei und sicher gefühlt, sagt Schulamit. Allerdings sei sie als Kind verärgert über ihre Mutter gewesen. „Wir hatten ein neues Leben, ein neues Land und sie weinte so oft und war so oft traurig.“ Die Mutter habe die Gräueltaten der Scho‘ah nie überwunden.

Die Juden im Eichstätter DP-Camp seien trotz der schrecklichen Vergangenheit ausgesprochen zukunftsorientiert gewesen, betont Maximilian Ettl. In der zum Lazareth umfunktionierten Jugendherberge der Stadt wurden 148 jüdische Kinder geboren. Wie Julia Devlin erklärte, habe es gerade unter den jüdischen Displaced Persons in allen Camps einen großen Babyboom gegeben. „Es war ein Ausdruck des Lebenswillens und des Optimismus, dass man sich zu einer Familiengründung entschloss, auch wenn die Zukunft gar nicht so klar war.“

Das DP-Camp in Eichstätt wurde im Oktober 1949 geschlossen. Bis März desselben Jahres hatten es alle Juden verlassen. Die meisten von ihnen wanderten in den neu gegründeten Staat Israel aus. Für die zehn Eichstätt-Babys schließt sich im Spätsommer 2019 mit dem Besuch in ihrer Geburtsstadt ein Kreis. |

Displaced Persons

Nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 gab es in Deutschland zwischen 6,5 und 7 Millionen sogenannte Displaced Persons – Zivilisten, die sich außerhalb der Grenzen ihrer Heimat befanden und nicht dorthin zurückkonnten. Unter ihnen waren Überlebende aus Konzentrationslagern, Zwangsarbeiter und Zwangsverschleppte aus ganz Europa, vornehmlich aber aus osteuropäischen Ländern. Auch etwa 300.000 Juden, die nach dem Krieg vor antisemitischen Übergriffen aus Osteuropa nach Deutschland flohen, wurden als Displaced Persons anerkannt. Im Deutschen gibt es bis heute keinen entsprechenden Terminus für den englischen Begriff. Die Bezeichnung „entwurzelte Personen“ hat sich nicht durchgesetzt. Die Displaced Persons wurden in Lagern untergebracht, die sich in den westlichen Besatzungszonen befanden. Um diese kümmerten sich die Nothilfe- und Wiederaufbauverwaltung der Vereinten Nationen (UNRRA) und die Alliierten.

In Brüssel nichts Neues

Der Spanier Josep Borrell ist seit Anfang Dezember für die Außenbeziehungen der Europäischen Union zuständig. An denen zu Israel wird sich unter ihm wohl wenig ändern.

Daniel Frick



Borrell blickt
den Anhörungen
im EU-Parlament
hoffnungsvoll
entgegen

Am 1. Dezember hat der neue EU-Außenbeauftragte Josep Borrell sein Amt angetreten. Der Spanier folgt damit der Italienerin Federica Mogherini, die seit 2014 EU-Außenbeauftragte war. In ihrer Zeit kam es zu erheblichen Spannungen in den Beziehungen zu Israel. Markantes Beispiel ist der Streit um die Kennzeichnung von Siedlungsprodukten im Jahr 2015.

Dass die Beziehungen unter Borrell besser werden, darf bezweifelt werden. Aus einschlägigen Äußerungen lässt sich eine eher kühl-belehrende Haltung zu Israel herauslesen. Als spanischer Außenminister sagte der Sozialdemokrat dem Politikmagazin „Politico“ im Februar dieses Jahres: „Der Iran will Israel auslöschen. Das ist keine neue Nachricht. Damit muss man leben.“

Dieser Satz ist auf mehreren Ebenen erstaunlich: Der Chefdiplomat eines europäischen Landes zeigte sich bereit, die Auslöschung Israels als eine Selbstverständlichkeit hinzunehmen, um dem Iran entgegenzukommen. Und diese Haltung wird auch auf EU-Ebene keineswegs geschmäht: Sie ist unproblematisch, wenn es um die Verteilung wichtiger EU-Posten geht. Bei den Anhörungen im EU-Parlament Anfang Oktober sah sich jedenfalls kein Abgeordneter dazu veranlasst, bezüglich dieses Satzes bei dem 72-jährigen nachzufragen. Und das vor dem Hintergrund des Narrativs, das sich die EU selbst gegeben hat: Dass das „Zusammenwachsen Europas“ als „Friedensprojekt“ eine Antwort auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs ist. Nun droht ein Staat erneut mit Gewalt, dieses Mal nicht gegen Juden, sondern gegen den jüdischen Staat – und auf EU-Ebene scheint dies salonfähig zu sein.

Preise für die Sicherheit

Borrell hat früher auch andere Töne gegenüber Israel angeschlagen. Im Jahr 2005 sprach er als EU-Parlamentspräsident in der Knesset. Dabei erwähnte er, dass er den Sommer 1969 in einem Kibbutz verbrachte. Er betonte die besondere Verantwortung der EU „für die Existenz Israels als jüdischer Staat und als Demokratie, die mit ihren Nachbarn in Frieden und Sicherheit lebt“. Er begrüßte zudem die damals geplanten Wahlen zum palästinensischen Parlament und den in jenem Sommer anstehenden israelischen Rückzug aus dem Gazastreifen – und er forderte, dass Israel dies einmal auch für das Westjordanland nachhole: „Das ist der Preis, den Israel für seine eigene Sicherheit zu zahlen hat.“

Inzwischen ist bekannt, dass bei den Wahlen die radikal-islamische Hamas siegreich war und der Rückzug aus dem Gazastreifen keinen Frieden, sondern Raketenterror mit sich brachte. Diese und andere Entwicklungen halten Borrell nicht davon ab, weiter auf altbekannte Lösungsansätze zurückzugreifen: Am Atomabkommen mit dem Iran will er trotz der Verstöße Teherans festhalten. Und auch die Zwei-Staaten-Lösung ist weiterhin Favorit, zumal die EU-Außenpolitik unter Mogherini diese bereits als „einzige“ Lösung charakterisiert hat. Bei den Anhörungen sah sich Borrell zu der Klarstellung veranlasst, es sei „nicht anti-israelisch oder antisemitisch“, diese Lösung einzufordern. Ähnlich wird er auch bei der Frage der Kennzeichnung von Siedlungsprodukten denken. Rückendeckung dafür gibt es: Der Europäische Gerichtshof hat dieses Verfahren Mitte November bestätigt. |

BIBELBLICK

Am Feigenbaum lernt ein Gleichnis

Wann kommt das Ende der Welt? Das ist die alte und immer wieder neue Frage vieler Gläubiger. Vielleicht wollen sich einige auf den Tag vorbereiten. Andere wollen einfach nur Zeit und Stunde wissen. Wann kommt das Ende? Und wie wird es sein? Welche Zeichen gibt es?

Egmond Prill

Das Thema Endzeit spielt bereits im Alten Testament eine Rolle. Der Prophet Amos erklärt dazu kurz und bündig: „Der Tag des HERRN ist Finsternis und nicht Licht!“ (Amos 5,18) Auch im Buch Daniel kommt das Thema zur Sprache, als der Prophet König Nebukadnezars Traum von einer Statue aus Gold, Silber, Bronze, Eisen und Ton deutet. Daniel erklärt dem König die kommende Geschichte aufsteigender und vergehender Großmächte. Am Ende aber kommt ein Steinchen, das die Statue zermalmt und selbst ein unvergängliches Reich hervorbringt: die Gottesherrschaft. Schließlich beschreibt Daniel den Ablauf der Endzeit in siebenzig sogenannten Jahrwochen. Es sind geheimnisvolle Andeutungen und Symbole. Doch die Frage bleibt: Was wird geschehen, bevor die Geschichte zum Ziel kommt? Genau das fragen auch die Freunde Jesu ihren Lehrer und Meister:

Jesus sitzt auf dem Ölberg nahe Jerusalem. Er schaut auf die Stadt und die prächtige Tempelanlage. Seine Jünger sind voller Stolz: Was für Bauten! Da muss die Antwort schmerzen: Hier wird nicht ein Stein auf dem anderen bleiben! Und es folgt die Rede über das Ende des Tempels bis hin zum Ende der Welt und der Wiederkunft Jesu. Doch sind das nicht sehr allgemeine Zeichen der Zeit?

„Ihr werdet hören von Kriegen und Kriegsgeschrei; seht zu und erschreckt nicht. Denn es muss geschehen. Aber es ist noch nicht das Ende.“ Kriege gab es schon immer. Ein verlässliches Zeichen für den Anbruch der Endzeit sind Kriege daher nicht wirklich.

„Und es werden Hungersnöte sein und Erdbeben hier und dort.“ Doch auch Hunger, Not und Elend ziehen sich durch die gesamte Weltgeschichte. Ein Zeichen für die letzte Epoche? Eher nicht! Auch wenn manche rechnen und notieren, dass in unseren Tagen Erdbeben große Zerstörungen anrichten, dass die Opferzahlen steigen. Christenverfolgung gibt es, seit es Christen gibt. Gewiss, in unseren Tagen weltweit so dramatisch wie nie zuvor in der Geschichte.

Blick auf Israel

Doch zum Ende der Rede kommt eine besondere Ankündigung: „An dem Feigenbaum lernt ein Gleichnis: Wenn seine Zweige jetzt saftig werden und Blätter treiben, so wisst ihr, dass der Sommer nahe ist. Ebenso auch: Wenn ihr das alles seht, so wisst, dass er nahe vor der Tür ist. Wahrlich, ich sage euch: Dieses Geschlecht wird nicht vergehen, bis dies alles geschieht.“ Wer wissen will, was die Stunde geschlagen hat, blickt auf Israel. Jesus gibt einen Hinweis: Wenn der Feigenbaum Blätter treibt, kommt der Sommer.

Feigenbaum ist nicht Zufall, sondern ein Fingerzeig auf Israel. Israel ist der edle Ölbaum, der Weinberg Gottes oder der Feigenbaum, so die Bibel. Wenn der Feigenbaum grünt, dann kommt der Sommer. Wenn sich in und um Israel etwas regt, dann beginnt die Endzeit. Wenn Israel aus dem Grab der Nationen kommt, kommt Leben in die Geschichte und Bewegung in die Endzeit. Endzeit ist seit Ostern. Deshalb lebten Paulus und die ersten Christen in Naherwartung. Aber ganz so schnell ging es dann auch wieder nicht! Der letzte Abschnitt der Endzeit wird an Israel festgemacht. Die Menschen sollen auf Israel schauen. Auf die Sammlung des Volkes, die Rückkehr ins Land der Verheißung und die Bildung eines Gemeinwesens als selbständiger Staat.

Über die Jahrhunderte hindurch grüßten sich Juden zum Passahfest: „Nächstes Jahr in Jerusalem“. Anfang des 20. Jahrhunderts begann der Feigenbaum zu grünen. Der Prophet Jesaja sagte das an: „Es wird einst dazu kommen, dass Jakob wurzeln und Israel blühen und grünen wird“ (Jesaja 27,6).

Unter Juden wuchs die Hoffnung auf die Rückkehr nach Zion. Schauen wir auch im kommenden Jahr auf Israel und lassen wir uns mit der Bibel und Israelnetz zeigen, was Gott wirkt. |



Anzeige



Kreativ Reisen GmbH
DER GRUPPENSPEZIALIST

Auf biblischen Spuren des Gottesvolkes
Israel - Jordanien - Petra
23.02. – 01.03.2020

Israel Erlebnis- und Begegnungsreise
08.03. – 15.03.2020
Alle Reisen mit geistlicher Begleitung!

Ostern und Pessach 2020 in Israel erleben
12.04. – 19.04.2020

Männerreise nach Israel
mit Michael Stahl u.a.
23.04. – 30.04.2020

Polenreise
Jüdisches Polen einst und jetzt
17.05. – 24.05.2020

Frauenreise nach Israel
23.08. – 30.08.2020

Flyer, Infos u. Preise auf Anfrage oder
www.kreativreisen-gmbh.de

Kreativ Reisen GmbH
Siedlung 12 • 86736 Auhausen
Tel.: 0 98 32 / 7 08 97 24
Fax: 0 98 32 / 70 86 48
E-Mail: info@kreativreisen-gmbh.de

Wie die Saudis eine neue Zivilisation erschaffen wollen

In der Nähe Israels soll eine Mega-Stadt entstehen. Dort sollen Menschen aller Rassen, Sprachen und Kulturen zusammenfinden. Ein Ort für Macher und Entdecker soll es sein, ein Vorbild für die Menschheit. Dahinter steckt ein Staat, der bisher nicht durch seine Weltoffenheit auffiel.

Timo König

Einige werden diese uralten Berge betrachten und nichts an ihnen finden. Aber der Rest der Welt wird wissen, dass hier eine neue Art zu leben begann. Entdecken Sie Neom“, sagt die Stimme im Werbevideo. In Kombination mit Landschaftsaufnahmen und Szenen glücklicher Familien zeichnet der Erzähler eine ambitionierte Zukunftsvision: „Ein Land mit einer wahrhaft globalen Kultur, aus allen erdenklichen Erdteilen. Hier schaffen wir gemeinsam die nächste Stufe menschlichen Fortschritts.“ Ein YouTube-Nutzer kommentiert darunter: „Das sieht aus wie eine Werbung aus einem dystopischen Zombie-Film.“ Andere munkeln, in Neom solle ein endzeitlicher Menschentypus herangezüchtet werden. Wieder andere sehen gar Verbindungen zum „Geheimnis Babylon“ aus dem biblischen Buch der Offenbarung und sprechen vom „Elixier Satans“.

Die Idee

Der Name Neom setzt sich zusammen aus dem griechischen Wort „neo“ für „neu“ und dem Anfangsbuchstaben des arabischen Worts für Zukunft „mustaqbal“. Es ist das jüngste Mega-Projekt der Saudis. Für 500 Milliarden Dollar soll im Nordwesten des Königreichs auf einer Fläche größer als Hessen eine Art Stadtstaat der Zukunft entstehen. Neom wird politisch fast völlig autonom sein, es bekommt eigene Gesetze und ein eigenes Steuersystem. Ein Schmelztiegel für Menschen aller Rassen, Hautfarben und Religionen soll es werden und somit Wiege einer neuen Gesellschaft. Kronprinz Mohammed Bin Salman will dort „keine alten Traditionen“. Sogar einen Kommunikationsminister für kulturelles Erbe hat Neom schon. Er heißt Abdulasis Alsanusi und kündigt an: „Neom ist der Ort, an dem die Menschheit wieder zusammenfinden wird.“

Die Stadt soll auch technologisch neue Maßstäbe setzen. Dienstleistungen und Standardprozesse sollen weitestgehend automatisiert sein und die Zahl der Roboter die der Menschen übersteigen. Im Sommer berichtete die Zeitung „Wall Street Journal“ über ein 2.300 Seiten starkes vertrauliches Dokument, das teils ausgefallene Ideen offenbarte. Autofahren werde in Neom nur noch zum Spaß betrieben, „zum Beispiel in einem Ferrari an einer Küstenstraße mit schöner Aussicht“, heißt es dort. Den alltäglichen Transport übernehmen Flugtaxi. Durch künstliche Wolken will man es in der Wüstenregion regnen lassen. Kinder sollen von holografischen Lehrern unterrichtet werden. Genetische Eingriffe könnten Neoms Bewohner stärker und intelligenter machen. Ein künstlicher Mond aus Drohnen werde zudem jede Nacht über

dem neuen Land aufgehen. Berater hätten dafür eine Kooperation mit der NASA angeregt. Außerdem hat der Königssohn für den Strand angeordnet: „Ich will, dass der Sand im Dunkeln leuchtet.“



Ex-Siemenschef Klaus Kleinfeld (l.) ist persönlicher Berater von Prinz Bin Salman und Chef des Neom-Verwaltungsrates

Die Dokumente enthalten jedoch auch Informationen, die weniger nach Freiheit klingen. Neom werde eine „Stadt sein, in der wir alles beobachten können“, steht in den Plänen. Computer würden jede Straftat sofort registrieren und jeder Bürger könne jederzeit geortet werden.

Das Projekt ist Teil der saudischen „Vision 2030“: Kronprinz Bin Salman will die Wirtschaft seines Landes für die Zeit nach dem Öl fit machen. Um das zu erreichen, soll Neom die klügsten Köpfe der Welt anlocken. So werde am Golf ein „neues Silicon Valley“ entstehen, das Saudi-Arabien an die Spitze des technologischen Fortschritts katapultiert. Neom soll sich bis in die Staatsgebiete von Jordanien und Ägypten hinein erstrecken und so die gesamte Region verwandeln. Eine zehn Kilometer lange Brücke über das Rote Meer ist geplant, um die Arabische Halbinsel mit Afrika zu verbinden.

Der 33-jährige saudische Prinz Bin Salman präsentierte seine Idee im Oktober 2017 auf dem Investitionsforum „Future Investment Initiative“. Potentielle Geldgeber zeigten sich zunächst zurückhaltend. Schließlich verspricht Neom, alles zu sein, was Saudi-Arabien nicht ist: Divers, weltoffen und innovativ. Skeptiker erinnern daran, dass in dem wahhabitischen Königreich drakonische Körperstrafen verhängt werden und Zweifel am Islam

per Gesetz verboten sind. Ein Vorfall im Oktober 2018 schien die Vorbehalte weiter zu bestätigen: Der Journalist Dschamal Chaschoggi wurde im Konsulat in Istanbul ermordet – von einem saudischen Spezialkommando. Kaum jemand glaubt, dass Bin Salman davon nichts gewusst habe. Mehrere Länder verhängten daraufhin Sanktionen gegen Saudi-Arabien, auch Deutschland. Großunternehmer und Investoren gingen auf Distanz: Der britische Milliardär Richard Branson sagte, der Fall ändere „die Bereitschaft von jedem von uns im Westen, Geschäfte mit der saudischen Regierung zu machen“.

Andere, wie die Nahostexpertin Gudrun Harrer, mahnen, man dürfe es nicht als bloße PR-Masche abtun, wenn Bin Salman ankündigt, das Reich öffnen und auf einen „moderaten Islam“ setzen zu wollen. Tatsächlich hat der junge Monarch Reformen eingeläutet: Seit 2018 dürfen Frauen Auto fahren und in Begleitung ihrer Familie Fußballstadien besuchen. Auch Kinos wurden wieder erlaubt.

Die Monarchie ist auf das Vertrauen westlicher Investoren angewiesen. Denn selbst die steinreichen Saudis können eine Megastadt, 33-mal so groß wie New York, nicht aus der Portokasse finanzieren. Dabei ist Bin Salman gewillt, das eigene Kronjuwel, den staatlichen Ölproduzenten Aramco, zu verkaufen. Nach mehrmaliger Verschiebung soll im Dezember die erste Aktienemission von insgesamt fünf Prozent Unternehmensanteilen erfolgen. Allein das könnte 100 Milliarden Dollar einspielen, prognostiziert das deutsche „Manager-Magazin“.

Neom nimmt Formen an

Unterdessen ließen sich Manager wie Siemens-Chef Joe Kaeser durch den Chaschoggi-Mord nicht beirren, am zweiten „Future Investment Congress“ 2018 teilzunehmen. Auch Ex-Siemenschef Klaus Kleinfeld hält zu Bin Salman: Er ist seit 2017 persönlicher Berater des Monarchen und seit August 2018 Chef des Neom-Verwaltungsrates. Laut „Wall Street Journal“ wirken zudem drei der weltweit größten Beratungsunternehmen bei der Planung mit: McKinsey, Boston Consulting und Oliver Wyman. Den Zuschlag für das Management des 500-Milliarden-Projekts hat der amerikanische Konzern Aecom erhalten.

Im Juli erfolgte der erste Spatenstich. Der Flughafen von Neom ist mittlerweile fertig und wird als internationaler Flughafen gelistet. Im September vergab Neom Investitionsmöglichkeiten zum Bau eines Wohngebietes für 30.000 Arbeitskräfte. Es ist auf Erweiterung für mehr als 100.000 Bewohner ausgelegt. Die erste Konstruktionsphase der Stadt soll von 2020 bis 2025 dauern.

Auch auf Neoms YouTube-Kanal tut sich etwas: Das neue Land hat seine PR-Offensive begonnen, indem es sich auch als Anziehungspunkt für Extrem- und Strandsport etablieren will. Sport soll integraler Bestandteil der neomischen Lebensphilosophie werden, um „menschliche Gesundheit und Potential maximal auszuschöpfen“. Zu Jahresbeginn veranstaltete Neom Kitesurfing-, Wake-Boarding- und Strandfußball-Wettkämpfe. In die Kameras sprechen Sportler aus aller Herren Länder Sätze wie: „Ich bin während meiner professionellen Karriere schon an den verschiedensten Orten gesurft, aber das hier ist auf einem ganz neuen Level“ und „Wir schreiben hier Geschichte“.

In kurzen Videos stellt Neom seine führenden Köpfe für verschiedene Entwicklungssektoren vor. Deren Begeisterung wirkt

für ein Werbevideo erstaunlich echt. Der Chef des Energiesektors, Peter Terium, sagt: „Es gibt hier keine Vorbelastung: Wir können unsere eigenen Regularien und Gesetze entwickeln. Wir können ein Markt-Design schaffen, das völlig neu und auf unsere Bedürfnisse zugeschnitten ist“. Es scheint, als sei bei den Wissenschaftlern der Funke übergesprungen. Neom hat den Charme eines Traumlands, das sie selbst nach ihren Vorstellungen erschaffen können.



Neom, am Roten Meer, liegt an einer strategisch wichtigen maritimen Handelsroute

Geopolitik und Rolle Israels

Die erwähnte Brücke zwischen der Arabischen Halbinsel und dem afrikanischen Festland bringt unweigerlich auch Israel auf den Plan. Denn der Friedensvertrag mit Ägypten sichert Israel freien Zugang zum Roten Meer zu. Nach einer Konvention der Vereinten Nationen würde ein Infrastrukturprojekt, das den Golf von Akaba betrifft, den Vertrag verletzen. Beobachter vermuten, dass hinter den Kulissen längst Verhandlungen laufen. Am Ende wäre eine formale Anerkennung des Staates Israel durch Saudi-Arabien kaum zu vermeiden. Ägypten hat bereits die Inseln Tiran und Sanafir an Saudi-Arabien zurückgegeben. Die Brücke soll über Tiran führen. Die Ägypter hielten die Inseln einst besetzt, um Israel den Zugang zum Roten Meer zu versperren.

Israel soll bereits angeboten haben, Technologie für Neom zu liefern. Hinzu kommt, dass Neom ähnlich wie Singapur und Dubai an einer strategisch wichtigen maritimen Handelsroute liegt. Fast zehn Prozent des weltweiten Warenverkehrs durchqueren den Suezkanal und damit das Rote Meer. Auch dafür könnte Israel eine wichtige Rolle spielen: Die geplanten Schnellzüge zwischen dem Mittelmeer und Eilat, Israels südlichster Stadt, wären wie ein Suezkanal auf dem Landweg und damit die perfekte Ergänzung zum Seeweg.

Am Ende hängt Neoms Schicksal an der Frage, ob es die Investoren und klugen Köpfe der Welt anlocken kann. Das wiederum hängt davon ab, wie glaubwürdig die Ankündigung von Toleranz und Freiheit ist. Laut dem Werbevideo wird Neom „ein Start-up, so groß wie ein Land“ sein, ein Ort für Macher und Entdecker, in dem die Technologien von morgen erforscht werden. Das klingt irgendwie seltsam vertraut. In einem kleinen Land aus dieser Region ist vieles davon längst Realität: Israel. |



Israelnetz
Israel 2020
classic

9,- €
zzgl. Versand

Der Israelnetz-Kalender „classic“ zeigt bekannte und interessante Motive aus dem Heiligen Land. Das praktische Kalendarium enthält neben den christlichen und gesetzlichen Feiertagen auch die jüdischen Festtage mit einer Erklärung.

Der Wandkalender hat ein Format von 48x34 cm, ist auf hochwertigem Papier gedruckt und exklusiv bei Israelnetz erhältlich.

Bestellen Sie per
Telefon (0 64 41) 5 66 77 52
oder auf **israelnetz.com**



SCHECHINGER
Tours
ERLEBNIS . GRUPPEN . REISEN

Israelreisen.

Seit über 40 Jahren.

Israel-Erlebnisreise
mit Schwester Eva-Maria Mönning (Berlin) und Jens Schechinger (Neubulach)
vom **23.02.2020 – 01.03.2020**

Israel-Reise „Wenn die Wüste blüht“
mit Egmond Prill (Kassel), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **01.03.2020 – 11.03.2020**

Israel-Frühlingsreise
mit Pastor Wolfgang und Sieglinde Wangler (Pfalzgrafenweiler), Walter und Marianne Schechinger
vom **19.03.2020 – 29.03.2020**

Israel-Osterreise
mit Johannes und Gisela Vogel (Bibel-Center Breckerfeld), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **05.04.2020 – 16.04.2020**

Israel-Erlebnisreise
mit Johannes und Gisela Vogel (Bibel-Center Breckerfeld), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **07.05.2020 – 17.05.2020**

Israel-Reiten-Erlebnis-Reise
mit Werner Jost (Emmingen)
vom **11.05.2020 – 20.05.2020**

Israel-Festreise-Pfingsten
mit Lutz Scheufler (Waldenburg), Walter und Marianne Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **31.05.2020 – 12.06.2020**

Jordanien-Israel-Reise
mit Joachim und Martina Stütz (Alldorf-Vordersteinenberg)
vom **31.05.2020 – 11.06.2020**

Israel-Erlebnisreise
mit Pastor Dr. Christoph Schrodte (Internationale Hochschule Bad Liebenzell) und Markus Schechinger (Wildberg-Sulz am Eck)
vom **03.08.2020 – 14.08.2020**

Viele weitere Reisen in Planung!

Schechinger-Tours . Walter Schechinger
Im Kloster 33 . 72218 Wildberg-Sulz am Eck
Tel 07054 5287 . Mail info@schechingertours.de

Jetzt direkt online buchen oder Prospekte anfordern.
www.schechingertours.de